

34 Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft

Denknetz-Fachgruppe Wirtschaftsdemokratie, März 2018

Andres Frick, Peter Nobs, Romeo Rey, David Sommer, Christian Stocker, Johannes Wickli

Seit dem Ausbruch der grossen Schuldenkrise (2007/08), die das globale Finanzsystem an den Rand eines Zusammenbruchs führte, hat die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen ein noch extremeres Ausmass erreicht als zuvor. Die führenden Banken, Industrie- und Handelskonzerne sind inzwischen noch grösser und noch mächtiger geworden. Die Unterordnung der Wirtschaft unter das Diktat der Finanzwelt ist zementiert worden. Dieser Irrweg bringt die Gesellschaft immer weiter vom eigentlichen Ziel einer sozial und ökologisch ausgewogenen Entwicklung ab.

Die Suche nach Profit im wirtschaftlichen Geschehen kann nicht länger die wichtigste Triebfeder unserer Existenz sein. Nur mit Hilfe von radikalen Reformen wird es nach unserer Auffassung möglich sein, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die uns die neoliberale Politik geführt hat. Anstelle des systembedingten Gewinnstrebens auf Kosten des Gemeinwohls und der Umwelt soll das Prinzip der Solidarität als Kerngedanke treten.

Hauptanliegen einer solidarischen Politik ist die Demokratisierung der Besitzstrukturen und der Entscheidungsmechanismen in der Wirtschaft, damit jeder Beteiligte sein demokratisches Mitspracherecht ohne Existenzangst gleichwertig ausüben kann. Um dies zu ermöglichen, sollen Firmen nicht mehr Einzelnen gehören, sondern in gemeinsamen und unteilbaren Besitz aller Beschäftigten des jeweiligen Unternehmens umgewandelt werden.

Das bedingt einen politischen Rahmen, welcher die ungleiche Anhäufung von individuellem Vermögen begrenzt und gleichzeitig die nachhaltige Entwicklung des Gemeinwohls fördert. Konkret müssen die Finanzmärkte reguliert und das Steuersystem reformiert werden. Der Markt als flexibles Verteilungssystem von Waren hat sich jedoch in der Vergangenheit bewährt und soll eingeschränkt erhalten bleiben. Ziel ist die Verteilung von wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Macht auf alle und nicht nur auf diejenigen mit erheblichem Besitzstand.

Unser Projekt zur Aufwertung des Prinzips der Solidarität in Politik und Wirtschaft ist auf universale Reichweite und Anwendbarkeit ausgelegt. Wir stellen es hier in 34 Thesen vor, die als Kerngedanken die öffentliche Debatte in politischen und sozialen Kreisen anregen sollen. Jede einzelne dieser Thesen wird eine vertiefte Diskussion über ihre konkreten Implikationen, Ausführungsmöglichkeiten und Risiken erfordern. Der damit verbundene demokratische Lernprozess ist anlässlich der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise und angesichts der weltweit herrschenden Ungerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums schon vielerorts angestossen worden.

In diesem Vorgang der Bewusstseins- und Meinungsbildung werden sich verschiedenartige Wege gesellschaftlicher Aktion finden lassen, um den Zielen einer alternativen Entwicklung näherzukommen.

1

Solidarische Formen des Wirtschaftens wie Produktions-, Konsum- und Dienstleistungsgenossenschaften, selbstverwaltete Betriebe und Allmenden haben, wenn sie auf soliden legalen und ethischen Fundamenten stehen, in allen Bereichen der Ökonomie ihre Nützlichkeit unter Beweis gestellt. Sie sollen in Zukunft mit allen Mitteln gefördert werden.

2

Das **Prinzip der Solidarität als Motor** der wirtschaftlichen Tätigkeit wird im Staatswesen verfassungsmässig verankert und soll die gesamte Ökonomie immer stärker prägen.

3

Die allgemein gültigen Menschenrechte von 1948 sollen mit allen später vereinbarten Erweiterungen vollumfänglich umgesetzt werden. Ausserdem wird die Teilhabe der Mitarbeitenden am wirtschaftlichen Produkt in der solidarisch organisierten Gesellschaft als weiteres **universelles Menschenrecht** verstanden und als solches in der Staatsverfassung festgehalten.

4

Wirtschaftsdemokratie kann nur **im Rahmen eines demokratischen Staates** verwirklicht werden, in dem der gesamten Bevölkerung echte Möglichkeiten einer politischen Mitbestimmung in allen wichtigen Belangen gewährt werden. Dabei ist eine möglichst dezentrale Organisation der Entscheidungsstrukturen anzustreben. Die Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Justiz muss gewährleistet sein.

5

Wichtigste Instanzen zur demokratischen Willensbildung sind vom Volk **gewählte Räte als repräsentative Organe** auf allen Ebenen der Gesellschaft. Nur so ist eine gesamtgesellschaftlich sinnvolle Nutzung der verfügbaren Ressourcen möglich, mittels der eine dauerhafte Befriedigung der Grundbedürfnisse aller sozialen Sektoren erreicht werden kann.

6

Die Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Geschehens stützt sich prinzipiell auf verschiedene Formen von **Volkentscheiden** (Plebiszite und das Recht, mittels Initiativen konstitutionelle und legale Änderungen oder Neuerungen zur Abstimmung zu bringen).

7

Die **Rechtsgleichheit** und damit das Verbot der Diskriminierung aller auch indirekt Betroffenen ist – unabhängig von Geschlecht, Nationalität und sozialer Klasse – ungeachtet jeglicher religiöser und ethnischer Tabus in Theorie und Praxis durchzusetzen.

8

Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet das Recht aller Mitarbeitenden eines Unternehmens – in bestimmten Fällen auch Aussenstehender, die vom Wirken des Betriebs direkt betroffen sind – auf **Mitentscheidung, Teilhabe und Mitverantwortung**. Die Mitarbeitenden entscheiden gemeinsam über alle wichtigen Angelegenheiten des Unternehmens nach dem demokratischen Prinzip: ein Mensch – eine Stimme. Sie bestimmen insbesondere über die Arbeitsbedingungen, die Produktions- und Vertriebspolitik sowie die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung.

9

Das Geld- und Anlagevermögen des Unternehmens wird in unteilbaren **Besitz der Gemeinschaft** der Mitarbeitenden umgewandelt. Der Firmenbesitz ist also nicht mehr an einzelne Personen gebunden und auch nicht unter einzelnen Personen aufteilbar. Das Kapital wird damit „neutralisiert“. Individuelles Horten von Kapital und Machtkonzentration, die mit dem Wesen der Demokratie letztlich ohnehin unvereinbar sind, werden damit verhindert.

Der Begriff der Neutralisierung des Kapitals stammt vom tschechischen Wirtschaftswissenschaftler Ota Sik, der Ende der 1960er Jahre als Mitglied der Regierung Dubcek den Prager Frühling entscheidend inspiriert hat. Er hat dieses Modell in seinen beiden bedeutendsten Werken <Humane Wirtschaftsdemokratie> (Hamburg, 1979) und <Ein Wirtschaftssystem der Zukunft> (Berlin, 1985) ausführlich beschrieben.

10

Der Staat leistet mit seinem **Service public** einen unerlässlichen Beitrag zum Gemeinwohl der gesamten Bevölkerung. Zu deren wichtigsten realen Bedürfnissen gehört der Ausbau, die Verbesserung und Humanisierung der Pflergetätigkeit (<Care-Ökonomie>) mit vorwiegend öffentlichen Mitteln. Private und karitative Initiative soll dabei nicht ausgeschlossen werden, solange sie nicht versucht, bestehende Mängel und Probleme mit rein gewinnorientierten Kriterien zu beheben.

11

Dem Prinzip einer allen Menschen zugänglichen **Bildung und Ausbildung** muss oberste Priorität zukommen. Der Trend zur Ökonomisierung dieser Bereiche und die zunehmende Beeinflussung des akademischen Betriebs durch Kapitalinteressen (zum Beispiel mittels Sponsoring) müssen gebrochen werden. Vor allem in ärmeren Ländern sind gezielte Anstrengungen zu einer

Verbesserung der Ausbildung von Lehrkräften auf allen Niveaus und bessere Entlohnung derselben dringend nötig. Die dazu erforderlichen finanziellen Mittel werden durch eine sozial gerechte Steuerpolitik generiert, wie sie in den Thesen 29 bis 34 umrissen wird.

12

Kinder und Jugendliche sollen nicht ausschliesslich auf Leistung getrimmt, sondern den humanistischen Werten der Bildung nähergebracht werden. Ziel ist ihre Vorbereitung auf eine demokratische Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Solidarität und Toleranz beruht. Sie sollen als Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, in diesem Prozess aktiv mitzuwirken.

13

Alle Unternehmen planen ihre Tätigkeit autonom und bieten ihre Erzeugnisse im **Markt** an. Aus den freien Kauf- und Verkaufentscheidungen ergeben sich die Preise der Güter und Dienstleistungen.

14

Damit die einzelnen Entscheidungen der Marktteilnehmer auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden, braucht es eine **Rahmenplanung** (makroökonomische Planung), die in erster Linie die Umweltpolitik, den Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur, die Vermeidung von einseitiger Marktmacht, einen geordneten Konjunkturverlauf und die Verbesserung der Lebensqualität der ganzen Bevölkerung im Auge behält. Sie obliegt im Prinzip öffentlichen Instanzen auf globaler, nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene. Die Interessen einzelner Sektoren der Wirtschaft werden dabei angemessen berücksichtigt, dem Gemeininteresse aber stets untergeordnet. Die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger muss ein wirksames Gegengewicht zur Macht und zum Einfluss der wirtschaftlichen Verbände und ihrer Lobbys im demokratischen Entscheidungsprozess bilden.

15

Eine **nachhaltige Umweltpolitik** verlangt in erster Linie Respekt vor der Natur. Das ist der tiefere Sinn der Philosophie vom <guten Leben> (buen vivir), wie es von indigenen Völkern angestrebt wird. In völligem Widerspruch dazu steht der Mythos, dass es nur mit Hilfe von wirtschaftlichem Wachstum und der damit in der Praxis einhergehenden Verschmutzung und Plünderung der Umwelt Fortschritt geben könne. Spätestens wenn Wachstum nur noch um seiner selbst willen ohne Verbesserung des Gemeinwohls forciert wird, muss mit diesem Dogma gebrochen werden. Zudem muss zwischen den vitalen Bedürfnissen wirtschaftlich benachteiligter Gesellschaften und den Ansprüchen privilegierter Teile der Menschheit solange differenziert werden, bis mit solidarischen Wirtschaften ein ethisch vertretbarer Ausgleich zwischen den sozialen Polen erreicht ist und menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle gewährleistet werden können.

16

Subventionen und andere staatliche Beihilfen werden in speziellen Fällen (zum Beispiel für den Ausbau und Betrieb des öffentlichen Verkehrs) ausgesprochen. Der Staat kann zur Absicherung der Grundbedürfnisse aller Bevölkerungsteile in die Preisbildung eingreifen.

Fähigkeit und Mittel, um Subventionen an die lokale Wirtschaft zu vergeben, unterscheiden sich von Land zu Land stark. Generell muss man sich vor Exzessen bei solchen stimulierenden Massnahmen jedoch hüten. Sie können den finanziellen Haushalt über kurz oder lang sprengen und bergen zudem die Gefahr, das Preisgefüge aus dem Gleichgewicht zu bringen.

17

Um das Entstehen und Wuchern von Monopolen, Oligopolen und übermächtigen Unternehmerverbänden zu verhindern, werden die **Wettbewerbs- und**

Kartellgesetze verschärft und mit aller Konsequenz durchgesetzt.

18

Anstelle von obsoleten Gewinnkriterien muss eine Ausrichtung auf Allmendmodelle, freien Austausch des Wissens (open source) und kollaborative Arbeit treten. **Patente und Lizenzen** können nicht länger zum Schutz privater Interessen erteilt werden, die mit den Prinzipien solidarischer Politik unvereinbar sind. Das Patentrecht wird generell und von Grund auf neu gefasst und dabei den Bedürfnissen der solidarisch organisierten Gesellschaft angepasst.

19

Unter den Voraussetzungen einer Dominanz der solidarischen Formen des Wirtschaftens, Einschränkung der privaten Wirtschaftsmacht und zentralen Rolle der öffentlichen Hand bei der Grundversorgung wie auch bei allen wesentlichen Sektoren des Service public kann der Markt hinreichend frei und gleichzeitig im **Dienst des Gemeinwohls** funktionieren.

20

Eine Globalisierung des wirtschaftlichen Geschehens wird wohl auch in Zukunft kaum abzuwenden sein. Sie hat aber unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen zu einer immer extremeren Konzentration des Reichtums geführt. Wir fordern eine **Globalisierung für alle**, die sich an globalen Rechtsnormen und an den Beschlüssen globaler demokratischer Gremien orientiert. Gleichzeitig sehen wir die Möglichkeit einer Anpassung der vorliegenden Thesen an nationale Gegebenheiten, sofern die Prinzipien solidarischer Politik dabei nicht umgestossen werden.

21

Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung wandeln immer mehr Arbeitsplätze um. Während spezialisierte Arbeitskräfte zum Zuge kommen, werden

vor allem Beschäftigungen für Niedrigqualifizierte wegrationalisiert. Die davon Betroffenen dürfen nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse abgeschoben werden. Eine auf Automatisierung ausgerichtete Entwicklung kann für die Gesellschaft als Ganzes nur sinnvoll sein, wenn sie erstens mit einer Verkürzung der Arbeitszeit bei etwa gleichbleibenden Reallöhnen und zweitens mit einer Stärkung demokratischer Mechanismen einhergeht.

22

Die **Auswertung personenbezogener Daten** erlaubt eine umfangreiche und differenzierte Verhaltensanalyse einzelner Personen. Die Möglichkeit gezielter Einflussnahme, die sich daraus ergibt, untergräbt die nötige Unabhängigkeit zu freier Entscheidung beträchtlich. Jeder Mensch soll selbst bestimmen können, wem er/sie welche Daten aushändigt und in jedem Fall uneingeschränktes Zugriffs- und Löschungsrecht daran besitzt. Ohne explizite Zustimmung der Betroffenen gesammelte Daten sind innerhalb kürzester Zeit zu löschen. Etwaige Datenbanken müssen per Gesetz klar von einander getrennt sein und dürfen nachträglich nicht miteinander verknüpft werden. Es dürfen keine Dossiers von polizeilich unbedenklichen Personen ohne ihr Einverständnis erstellt werden.

Staatlich verfügte Massenüberwachung ist ein gefährliches politisches Machtinstrument in den Händen Weniger. Es stellt alle Übrigen unter Generalverdacht, widerspricht dem Prinzip der Unschuldsvermutung und ist daher als verfassungswidrig zu bekämpfen.

23

Private Besitzansprüche im persönlichen Lebensbereich, soweit sie Gebrauchsgüter und Wohneigentum (ohne Grundbesitz) in sozial und ökologisch vertretbarem Ausmass betreffen, sind legitim, sofern sie nicht auf der Ausbeutung anderer Menschen beruhen, nicht schwere Umweltschäden verursachen und nicht

unter Missachtung elementarer ethischer Normen, insbesondere mittels korrumpierender Praktiken, zustande gekommen sind.

24

Das Privateigentum des Bodens wird aufgehoben. Wer ihn zu produktiven Zwecken nutzen will, schliesst einen langfristigen Pachtvertrag mit der zuständigen öffentlichen Instanz ab. Wer ihn zu Wohnzwecken braucht, kann ihn bei derselben Amtsstelle im Baurecht für eine ebenfalls angemessen lange Zeit (zwischen 50 und 100 Jahren) beantragen. **Bodenschätze** sind und bleiben jederzeit staatliches Eigentum. Wenn sie zur Nutzung vergeben werden, müssen die entsprechenden Pacht- oder Konzessionsverträge hohe steuerliche Auflagen enthalten. Nicht erneuerbare Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Mineralien sollen auf diesem Weg für die Gesamtheit der Bevölkerung einen substantiellen Nutzen in der Gegenwart und womöglich – mittels Anlagen in gemeinschaftlich verwalteten Fonds – auch in der Zukunft abwerfen.

25

Die Frage der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln stellt sich mit besonderer Dringlichkeit hinsichtlich der **Massenmedien**, denn diese üben bei der demokratischen Meinungsbildung eine Schlüsselrolle aus. Alle Presseorgane müssen deshalb den Erfordernissen des solidarischen Kapitals genügen. Die Rolle der Werbeindustrie und ihr Verhältnis zu den Medien muss neu definiert und den realen Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden.

26

Die strikte **Regulierung des Finanzwesens** ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Demokratisierung der Wirtschaft. Banken, die zu gross und zu komplex geworden sind, müssen in kleinere Einheiten zerlegt werden, Geschäftsbanken und Investmentbanken müssen getrennte Unternehmen sein. Jede

Einheit muss eine genügend grosse Eigenkapitaldecke aufweisen und ohne Folgen für die Gesamtwirtschaft Konkurs machen können. Vorrangige Funktion aller Finanzinstitute ist es, mit den Ersparnissen des Publikums unter Einhaltung der Rahmenplanung produktive Investitionen zu finanzieren. Die Zukunft gehört den genossenschaftlichen, alternativen und straff geführten staatlichen Banken. Alle Banken werden unter besonders enge Aufsicht gestellt.

27

Der **Zahlungsverkehr** wird als öffentliche Dienstleistung definiert und als solche organisiert. Bargeld muss als Instrument demokratischer Bewegungsfreiheit erhalten bleiben.

28

Geldschöpfung wird grundsätzlich von der Zentral- oder Notenbank betrieben. Alle übrigen Finanzinstitute können Kredite nur in einem verfassungsmässig festgelegten Verhältnis zu ihrem Eigenkapital und zu den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserven vergeben. Bei der Geldverleihung an Unternehmen und Privatpersonen erfolgt die Regulierung durch eine strikte Definition des Wuchers und klare Regeln für Konkurse auf allen Ebenen, so auch für insolvente Staaten. Übermässige Verschuldung muss auf allen Niveaus (Staat, Unternehmen, Haushalte) durch unabhängige Kontrollinstanzen verhindert werden.

29

Die Steuerpolitik ist ein machtvolles Instrument zur Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Der Übergang zu einer solidarisch orientierten Wirtschaft ist ohne radikale **Vereinfachung und Umgestaltung des Steuersystems** nicht denkbar. Diese betreffen in erster Linie die Eliminierung aller Ausnahmeregelungen, die den Wohlhabenden einschneidende Reduktionen der Steuerrechnung erlauben. Grundsätzlich sollen fünf Steuern zur

Finanzierung der öffentlichen Ausgaben genügen: nämlich Abgaben auf 1. Einkommen, 2. Vermögen oder Erbschaften, 3. Mehrwert oder Verbrauch, 4. Unternehmensgewinne und 5. auf Finanztransaktionen. Kapitalgewinne jeglicher Art und Bonuszahlungen werden ohne Ausnahme gleich besteuert wie gewöhnliche Lohneinkommen.

30

Die in Ansätzen bereits bestehende **Finanztransaktionssteuer** wird sowohl auf den Warenhandel als auch auf die gegenwärtig vielfachen spekulativen Umtriebe in der Weltwirtschaft gleichermaßen erhoben.

Als eine im globalen Kontext erhobene Steuer könnte sie dem Zweck einer regelmässigen Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren Ländern, Katastrophen- und anderen Nothilfemassnahmen, globalen Forschung im Dienst der gesamten Gesellschaft, Bekämpfung von Epidemien und dem gemeinsamen Aufbau von wirtschaftlich, sozial und ökologisch sinnvollen Infrastrukturwerken dienen.

31

Unverzichtbar ist auch das Prinzip einer starken **Progression** bei der Besteuerung von Einkommen, Vermögen und/oder Erbschaften, wie es in skandinavischen Staaten ab Mitte des 20. Jahrhunderts mit langfristig vorzüglichen gesamtgesellschaftlichen Ergebnissen vorübergehend praktiziert wurde. Dasselbe Prinzip der Progression soll auch bei den Unternehmenssteuern zur Anwendung gelangen. Grossbanken und Konzerne werden in der Übergangsphase zur solidarisch strukturierten Gesellschaft in ihrem Trend zum Gigantismus durch progressive Steuerbelastung wirksam gebremst.

32

Der **Maximalsteuersatz** bei persönlichen Einkommen, Vermögen und/oder Erbschaft wird drastisch erhöht und in mehreren Progressionsstufen erreicht. In sozialer Hinsicht ebenso wichtig wie eine konsequente Abschöpfung der grössten Lohn- und Kapitalgewinnerträge ist die Steuerbefreiung der niedrigsten Einkommen.

33

Verbrauchersteuern sind sozial meistens ungerecht und sollten vor allem in ärmeren Ländern so tief wie möglich gehalten werden. Produkte, die aus nicht nachhaltigen Ressourcen wie fossilen Treibstoffen stammen oder gesundheitsschädigend wirken wie Alkohol und Tabak, sind hingegen mit hohen Sonderabgaben zu belasten.

34

Der Kampf gegen sämtliche Formen der **Steuerhinterziehung** wird durch digitale Vernetzung der Steuerbehörden aller Länder und automatischen Informationsaustausch sowie mittels Austrocknung aller Steueroasen permanent und bis zur letzten Konsequenz geführt. Nationale und internationale Steuerharmonisierung in den wesentlichen Aspekten muss ruinösen Steuerwettbewerb verhindern.